



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KOMMUNALES UND KULTUR

Sprachtests? Naja ...

BSZ-Serie zur Landtagswahl: Was wollen die Wähler? Teil 1: Migranten. | Seite 2

Lukratives Geschäft mit Altkleidern

Alte Textilien zu sammeln ist für private Entsorger legal. Allerdings muss die Sammlung bei der jeweiligen Kommune angezeigt werden. Doch jetzt bahnt sich ein Konflikt an. | Seite 7



Rätselhafte Findlinge

Rund 150 Kaspar Hauser-Figuren des Künstlers Dietmar Hörl bevölkern derzeit die Ansbacher Innenstadt. Den Bürgern scheinen sie zu gefallen, 25 wurden schon geklaut. | Seite 24

Freitag, 9. August 2013 | Nr. 32

www.bayerische-staatszeitung.de

Einzelpreis: € 1,85

KOMMENTAR

In den Fängen der Gutachter

VON ROSWIN FINKENZELLER

Der Grund für Gustl Mollaths Freilassung ist nur ein Formfehler, allerdings ein hanebüchener. Ein ärztliches Attest, das den Ehemann Mollath als Brutalo erscheinen ließ, war irreführend unterzeichnet. Über den Strohalm, den es da fand, ist das Oberlandesgericht Nürnberg vielleicht ganz froh gewesen. Zumal die aufgespießte Inkorrektheit nicht der Justiz anzulasten wäre, sondern dem Gutachterwesen, auf das jedoch die frisch beauftragte 6. Strafkammer des Landgerichts Regensburg ebenso angewiesen sein wird wie bisher die 7., eine für Mollath ganz und gar nicht günstige Instanz.

Unsere Strafrichter, die armen Kerle, haben nur Jura studiert. Manchmal können sie sich auch noch auf die allgemeine Lebenserfahrung berufen, manchmal schlicht auf Logik. Die Frage aber, ob ein Herr Mollath nur sehr temperamentvoll oder doch schon gemeingefährlich sei, reichen sie an Psychiater weiter. Richter werden einen Teufel tun, sich da auf die eigene Menschenkenntnis zu verlassen, denn damit wäre das Urteil, das sie sprechen sollen, bereits gekippt.

Auch Gutachter jedoch treffen nicht immer ins Schwarze. Es wurden Sexualstraftaten verübt, die nach den Prognosen namhafter Therapeuten aus Einsicht und Reue hätten unterbleiben müssen. Da sind denn Gutachter, die schwere psychische Störungen diagnostizieren und damit die Justiz veranlassen, einen Menschen aus dem Verkehr zu ziehen, auf der sichereren Seite. Da Mollath im Bezirkskrankenhaus Bayreuth nicht heiraten konnte, hatte er auch keine Möglichkeit, eine ohrfeigenfreie Ehe zu führen. Es war ihm auch nicht vergönnt, auf nächtlichen Straßen herumzuspazieren und bei dieser Gelegenheit Autoreifen unangetastet zu lassen. Wie also beweisen, dass er nicht mehr gewalttätig ist?

Gustl Mollath bleibt – und alle gratulieren ihm und der bayerischen Justiz zu diesem Ergebnis – mit Vorwürfen belastet und damit in den Fängen der Gutachter. Die aber treiben Zukunftsforschung oder machen es, wenn auch im Fachjargon, den Propheten nach. Eine Prophezeiung gleich vorweg: Die schlauen Leute werden sich anstrengen, jedenfalls etwas mehr als üblich. Schließlich ist Gustl Mollath ein bekannter Mann geworden und genießt damit eine Art Personenschutz, die das normale Sachverständigenopfer entbehrt.

Raab moderiert das Kanzler-Duell, Klum-Model interviewt Spitzenpolitiker – wie viel Show und Klamauf verträgt die Politik?

Ein bisschen Spaß muss sein ...

Manche dachten Anfang Februar, es sei ein Faschingsscherz des *ProSiebenSat.1*-Beiratsvorsitzenden Edmund Stoiber (CSU). Doch der ehemalige bayerische Ministerpräsident hat sich durchgesetzt: Entertainer Stefan Raab moderiert am 1. September neben arrivierten TV-Journalisten das Kanzler-Duell. Stoiber hofft, damit mehr Jungwähler und Politikverdrossene vor den Bildschirm zu locken. „Gerade junge Leute müssen wir verstärkt erreichen und ihnen auch in ihrer Sprache deutlich machen, dass allein mit Privatleben ihre Probleme nicht zu lösen sind.“

Spannend wird, welche Sprache Raab an dem Abend wählen wird. In seiner *ProSieben*-Politikerrunde *Absolute Mehrheit* jedenfalls geht es ihm weit weniger um Inhalt als um den eigenen Spaß. Der Erfolg bei den Zuschauern hält sich in Grenzen, die Einschaltquoten sind mies. „Das zeigt: Klamauf statt schlüssiger Argumentation funktioniert nicht“, sagt Thomas Leif, Journalist und Professor für Politologie an der Uni Koblenz-Landau, der *Staatszeitung*. Dennoch ist er überzeugt: Raabs Polit-Engagement sei nur ein Vorbote des Trends, dass Politikvermittlung immer stärker mit Comedy- und Entertainment-Elementen unterlegt wird. Ein Trend, den Leif, Autor der Studie „Wahlkampf im medialen Tunnel“, mit Grauen verfolgt: „Der Ernst über wichtige Zukunftsfragen bleibt auf der Strecke.“

Tatsächlich befeuern vor allem die Privaten die Entertainerisierung der Politik. *RTL* setzt in *Meine Wahl* Peer Steinbrück (18. 8.) und Angela Merkel (25. 8.) mit Bürgern an einen Tisch. Ebenfalls mit von der Partie sind *Let's dance*-Juror Joachim Llambi und *Restauranttester* Christian Rach. Noch skurriler mutet die Idee von *ProSieben* an: In *Task Force Berlin* werden *Germany's Next Topmodel*-Kandidatin Rebecca Mir, Musiker Gentleman und Schauspielerinnen Sophia Thomalla ab dem 26. 8. auf Spitzenpolitiker wie Steinbrück, Peter Altmaier (CDU) und Daniel Bahr



Ob Merkel und Steinbrück sich schon freuen? Gaudibursch Stefan Raab ist beim Kanzlerduell dabei.

FOTO DPA

(FDP) losgelassen. Die Show wird von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt, die mit der „niedrigschwelligem Ansprache via TV“ auch „bildungsbenachteiligtes Klientel“ erreichen will. Die Bundesminister Altmaier und Bahr begründen ihre Teilnahme auf *BSZ*-Anfrage damit, dass sie Menschen animieren wollen, ihr Wahlrecht zu nutzen. Dass mit solchen Shows tatsächlich politisch Desinteressierte an die Wahlurne gebracht werden, bezweifelt Journalist Leif. „Das ist eine reine Form des Anbiedereis, die Bedeutung politischer Entscheidungen aber wird nicht vermittelt“, sagt er.

Bei der Bundestagswahl 2009 war die Wahlbeteiligung mit knapp 70 Prozent auf historischem Tiefstand. Bei den unter 25-Jährigen betrug sie 60 Prozent. In Bayern gingen sogar nur 40 Prozent der Jungen zur Landtagswahl 2008. „Jugendliche bleiben zu Hause, wenn sie nicht sehen, dass sie etwas beeinflussen können“, er-

klärt der Bildungsforscher Klaus Hurrelmann. Deshalb müsse man zeigen, dass Politik weit mehr sei als Parteingeschacher. Die Idee, auf Showgrößen oder Schauspieler als Vermittler zu setzen, finde er „ganz ausgezeichnet“, sagt er. „Sie stellen für junge Leute glaubwürdige Autoritäten dar. Dazu kommt: Vermittelt wird auch, dass Politik Spaß machen kann.“

Skeptisch, was den Wert der Politik-Shows angeht, ist Werner Weidenfeld, Professor für Politische Wissenschaft an der LMU München und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung. „Genauso gut könnten Sie einen Politiker auf ein Pferd setzen und ihn Dressurreiten lassen“, sagt er. „Deshalb wird aber keiner mehr Ahnung von Politik haben.“ Auch Weidenfeld glaubt, dass sich die Eventisierung von Politik noch zuspitzen wird. „Bald werden wir Übungen von Extremsportlern mit Politikern sehen“, frotzelt er. Ursula Münch, Leiterin der Akademie für Po-

litische Bildung in Tutzing, sieht in den Shows auch eine Gefahr: „Einen Großteil der Bevölkerung erreicht man heute nicht mehr mit politischen Inhalten“, sagt sie. „Die Simplifizierung komplexer Themen in solchen Shows treibt die Spaltung der Bevölkerung jedoch noch weiter voran.“

Man setze auf „Fakten statt Emotionen, Realität statt Showeffekte“, heißt es denn auch beim *ZDF*. Und der *Bayerische Rundfunk* setzt am 4. September bei *Das Duell: Horst Seehofer gegen Christian Ude* auf seinen seriösen Chefredakteur Sigmund Gottlieb. Humorvolles darf also allenfalls von den Duellanten erwartet werden. „Aber auch die Öffentlich-Rechtlichen schaffen es nicht, die Menschen für Politik zu interessieren“, betont Weidenfeld. Die Lösung? „Das ist die Eine-Million-Dollar-Frage“, sagt er. So lange die aber nicht beantwortet ist, rät er Politikern trotz aller Kritik, in die Shows zu gehen. „So finden sie immerhin statt.“ > ANGELIKA KAHL

AUS DEM INHALT

LEBEN IN BAYERN
Udes Ochsentour Seite 3
Wahlkampfserie „Unterwegs mit den Spitzenkandidaten der Parteien“: Christian Ude in der SPD-Diaspora Nieder- und Oberbayern.

POLITIK
Angekolkte Todeslisten Seite 4
Das NSU-Verfahren geht nach 32 aufschlussreichen Verhandlungstagen in die Sommerferien.

WIRTSCHAFT
„Unverzichtbarer Verband“ Seite 14
120 Jahre Genossenschaftsverband Bayern: Ein Rückblick.

DIE FACHTHEMEN DER WOCHE
Reise Seite 11
Versicherung Seite 17
Bau und Architektur Seiten 20 bis 22

Was die Info-Kampagne des Sozialministeriums zur „Herdprämie“ bringt – und wie man missbräuchlichen Bezug bekämpfen will

Betreuungsgeld-PR für 55 000 Euro

Das berufstätige Ehepaar, das ein Kindermädchen für die Nachwuchs-Betreuung engagiert hat, kriegt Betreuungsgeld, die alleinerziehende Mutter, die ihr Baby in die städtische Krippe gibt, dagegen nicht. Und das arbeitslose Paar muss sich die 100 Euro Herdprämie für heimische Kinderbetreuung auf die Hartz IV-Leistung anrechnen lassen. Über die Sinnhaftigkeit der CSU-Erfindung Betreuungsgeld ist viel geschrieben worden. Nachvollziehbar und gerecht, so viel steht fest, geht es nicht unbedingt zu bei der Verteilung des Geldes. Fakt ist auch, dass die Mehrzahl der Bürger die Prämie in verschiedenen Umfragen ablehnt.

Und tatsächlich war die Euphorie der Eltern bisher gering. Kurz nach dem offiziellen Start der neuen Bundesleistung am 1. August lag die Zahl der Interessierten in einigen deutschen Ländern lediglich bei einigen zig Eltern. In Bayern waren es Anfang August rund 500, am vergange-

nen Mittwoch, 7. August, lagen immerhin bereits 2000 Anträge vor. Das sind – mit Blick auf rund 100 000 Geburten in Bayern pro Jahr – nicht allzu viele. Allerdings: Betreuungsgeld kann nur beantragen, wer kein Elterngeld mehr bezieht. Das Elterngeld wird längstens für 14 Monate bezahlt. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) erklärte jetzt in *BILD*, der „große Antragssturm“ aufs Betreuungsgeld komme erst. Und zwar dann, wenn alle Familien, die jetzt noch Elterngeld bezögen, das Betreuungsgeld beantragen könnten.

Weil das Haderthauer-Ressort aber im Vorfeld der Landtagswahl gerne eine Erfolgsstory verkünden will, ließ das Ministerium die ihm unterstellte Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) eine Betreuungsgeld-PR-Aktion durchführen, welche die 100-Euro-Prämie bekannt machen sollte: Es wurden 55 000 Flyer an Eltern ver-

sandt. Die Mamas und Papas erhielten zudem vorausgefüllte Formulare, mit denen sie das Betreuungsgeld beantragen konnten. Kosten bis dato: 55 000 Euro.

Kontrollen? Nur vereinzelt

Hans-Ulrich Pfaffmann, sozialpolitischer Sprecher der Landtags-SPD, schimpft: „Keine andere Leistung des Staates drängt man dem Bürger auf – weder Bildungsgutscheine, noch Kindergeld, noch BaFöG, geschweige denn Hartz IV. Frau Haderthauer versucht verzweifelt, aus einem absoluten Flop eine Erfolgsstory zu machen.“ Derweil versichert ZBFS-Sprecherin Sophie Schäpe der *Staatszeitung*, dass die PR-Aktion letztlich Personal und Geld sparen helfe, denn die vorausgefüllten Formulare „sichern einen möglichst unbürokratischen Vollzug“. Und über-

haupt sei man gesetzlich sogar dazu „verpflichtet“, Bürger über ihnen zustehende Leistungen aufzuklären.

Laut ZBFS ist die PR-Kampagne für das Betreuungsgeld übrigens nicht die erste Aktion dieser Art: Zum Beispiel habe man auch beim so genannten Schwerbehinderten-Feststellungsverfahren rund 13 000 Informationsschreiben geschickt. Darin habe man erklärt, wie Berechtigte bestimmte, nur für Bayern geltende Parkausweise beantragen können.

Bei der Bekämpfung eines möglichen Missbrauchs legt Bayern übrigens keinen vergleichbaren Eifer an den Tag. Auf *BSZ*-Nachfrage erklärt ZBFS-Sprecherin Schäpe: „Das ZBFS geht davon aus, dass die Angaben der Eltern richtig sind.“ Überprüfungen bei Empfängern von Betreuungsgeld fänden nur „in Stichproben“ statt, es gebe keinen systematischen Datenabgleich mit öffentlichen KITAS. Wer aber auffliegt, muss mit einer Anzeige rechnen. > WALTRAUD TASCHNER



Bayerische Staatszeitung
Arnulfstr. 122
80636 München